

Postadresse: AHV-IV-FAK
GERBERWEG 2, 9490 VADUZ

Telefon: +423/238 16 16
Fax: +423/238 16 00

Internet: www.ahv.li
E-Mail: ahv@ahv.li



LIECHTENSTEINISCHE ALTERS-
UND HINTERLASSENENVERSICHERUNG

INVALIDENVERSICHERUNG

FAMILIENAUSGLEICHSKASSE

AHV-IV-FAK Beiträge

Grundsätze des internationalen Sozialversicherungsrechts
samt Exkurs Telearbeit

Skriptum

erstellt von:

AHV-IV-FAK-Anstalten
Gerberweg 2
9490 Vaduz

- Rechtsdienst -

Stand: Januar 2024

Dieses Skriptum vermittelt eine allgemeine Übersicht zur Orientierung. Für die Beurteilung von Einzelfällen sind ausschliesslich die gesetzlichen Bestimmungen massgebend.

Bitte wenden Sie sich bei Fragen zu **konkreten Einzelfällen** an die **Mitarbeiter des Beitragsteam der AHV**. Deren Kontaktdaten finden Sie auf unserer Homepage.

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG UND HINWEISE	3
GRUNDSÄTZE DES INTERNATIONALEN SOZIALVERSICHERUNGSRECHTS	4
WORUM GEHT ES BEI DER KOORDINIERUNG?	4
WO GILT DIE KOORDINIERUNG?	4
WER WIRD VON DER KOORDINIERUNG UMFASST?	5
ERWERBSORTPRINZIP	5
ENTSENDUNG	6
TÄTIGKEITEN IN MEHREREN STAATEN	7
UNSELBSTÄNDIGE TÄTIGKEIT IN MEHREREN MITGLIEDSTAATEN	7
GRENZÜBERSCHREITENDE TELEARBEIT (HOMEOFFICE).....	8
SOZIALVERSICHERUNGSRECHTLICHE UNTERSTELLUNG BEI ARBEITSUNTERBRECHUNGEN	9
ARBEITNEHMER OHNE BEITRAGSPFLICHTIGEN ARBEITGEBER (ANOBAG).....	10
SELBSTÄNDIGE TÄTIGKEITEN	11
SELBSTÄNDIGE UND UNSELBSTÄNDIGE TÄTIGKEIT IN MEHREREN MITGLIEDSTAATEN	12
BEAMTE.....	12
LIECHTENSTEIN / ÖSTERREICH / DEUTSCHLAND.....	13
VERWALTUNGSABLAUF UND DAS PORTABLE DOCUMENT A1 (PD A1).....	16
AUSNAHMEREGLUNGEN.....	16
LIECHTENSTEIN UND DIE SCHWEIZ.....	17
LIECHTENSTEIN UND GROSSBRITANNIEN	18
ÜBERSICHT ZU DEN GELTENDEN ABKOMMEN MIT DEN NACHBARSTAATEN	19

Einleitung und Hinweise

Beiträge zu den AHV-IV-FAK Anstalten sind gemäss folgender Gesetze zu leisten:

- Gesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)
- Gesetz über die Invalidenversicherung (IVG)
- Gesetz über die Familienzulagen (FZG)

Die Durchführungsbestimmungen ergeben sich aus den Verordnungen AHVV, IVV und FZV.

Unsere **Homepage** ist www.ahv.li. Dort finden Sie viele nützliche Informationen zu den Beiträgen und Leistungen, einen Onlineschalter, Formulare, Merkblätter, Hinweise zu aktuellen Entwicklungen, Kontaktdaten und vieles mehr. Aktuelles, vorgesehene Änderungen und wichtige Informationen werden zeitnah im Newsletter der AHV publiziert.

Die **liechtensteinischen Gesetze und Verordnungen** finden Sie unter www.gesetze.li. Staatsvertragliche Regelungen, insbesondere die Verordnungen (EG) 883/2004 und 987/2009 zur Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit, gehen dem nationalen Recht vor.

Die von den AHV-IV-FAK Anstalten betreuten Bereiche decken einen Teil der sozialen Sicherheit in Liechtenstein ab.

Andere Sozialversicherungszweige werden vom Amt für Gesundheit (**Kranken- und Unfallversicherung**), dem Amt für Volkswirtschaft (**Arbeitslosenversicherung**) oder der Finanzmarktaufsicht (**Pensionskassen**) verwaltet bzw. beaufsichtigt. Es gibt weitere staatsfinanzierte soziale Leistungen, die von der AHV verwaltet werden, so z.B. die Ergänzungsleistungen, das Betreuungs- und Pflegegeld, die Hilflosenentschädigung oder die Blindenbeihilfe.

Wer in Liechtenstein bei der AHV-versichert ist, untersteht grundsätzlich auch für die übrigen Sozialversicherungszweige dem liechtensteinischem Recht. Das gilt für die Familienausgleichskasse, die Invaliden-, Arbeitslosen-, Kranken- und Unfallversicherung und die Pensionskasse. Es gibt Ausnahmen und Besonderheiten, insbesondere in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung.

Im Sozialversicherungsrecht gilt, anders als im Steuerrecht, das **Erwerbortprinzip**. Man zahlt seine Sozialversicherungen dort, wo die Tätigkeit tatsächlich ausgeübt wird. Grundsätzlich ist man, auch bei mehreren parallelen Tätigkeiten, **nur in einem Land versichert (= unterstellt)**. Es gibt Ausnahmen, insbesondere bei Beamten, bei Telearbeit (**Homeoffice**) und bei Tätigkeiten in Drittstaaten ausserhalb des EWR.

Bei Fragen zu den anderen Sozialversicherungen oder staatlich finanzierten Sozialleistungen wenden Sie sich bitte an den jeweils zuständigen Träger. Eine tabellarische Übersicht zu den **Sozialversicherungen anderer Mitgliedsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)** finden Sie unter www.missoc.org.

Um das Skriptum lesbar zu halten, wird auf geschlechtsneutrale Formulierungen verzichtet.

Grundsätze des internationalen Sozialversicherungsrechts

Es gibt kein europaweites Sozialversicherungssystem. Jeder Staat hat eigene Bestimmungen über Leistungen bei Krankheit, Alter, Unfall, Invalidität, Arbeitslosigkeit oder Familienzulagen. Jedes Land erhebt Beiträge und zahlt Leistungen nach nationalem Recht.

Worum geht es bei der Koordinierung?

Zwischen den Staaten soll gewährleistet werden, dass niemand doppelt zahlt oder nirgendwo versichert ist. Die Gleichbehandlung der EU/EWR-Staatsangehörigen und freier Personenverkehr sollen garantiert werden. Deswegen werden die **in allen Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten gegenseitig anerkannt**, was für Liechtenstein angesichts seiner nationalen Berechnungsmethode pro rata temporis bei Renten allerdings kaum Bedeutung hat. Versicherungsleistungen in Geld werden – von Ausnahmen abgesehen – exportiert. Das gilt nicht für Sachleistungen und steuerfinanzierte Gelder, z.B. Pflege und andere Ergänzungsleistungen.

Wer nicht parallel (also gleichzeitig) in mehreren Mitgliedsstaaten arbeitet, sondern in seinem Leben **nacheinander** in verschiedenen Ländern erwerbstätig war, der unterliegt dem normalen Erwerbortsprinzip: Er ist zunächst im einen, dann im anderen Land sozialversichert.

Beispiel: Wer erst in Deutschland vier Jahre arbeitet und danach zwölf Jahre in Liechtenstein, ist erst in Deutschland und danach in Liechtenstein sozialversichert. Er bekommt Renten aus beiden Staaten; in Deutschland für vier Jahre Beitragszeit und in Liechtenstein für zwölf Jahre Beitragszeit. Die Mindestversicherungszeit in Deutschland (fünf Jahre) kann er durch die anzuerkennenden Jahre in Liechtenstein erfüllen; die deutsche Rente wird aber ebenso wie in Liechtenstein nur für die tatsächlichen Beitragsjahre bezahlt, hier also für vier Jahre.

Wo gilt die Koordinierung?

Die Koordinationsregeln der VO (EG) Nr. 883/2004 mit Durchführungsverordnung (EG) Nr. 987/2009 über die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit umfassen die **27 Mitgliedstaaten der EU** sowie die drei EWR-Staaten **Island, Liechtenstein und Norwegen**.

Die 27 Mitgliedstaaten der EU sind: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Kroatien, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn und Zypern. Zum EWR im engeren Sinne gehören Liechtenstein, Norwegen und Island, zum EWR im weiteren Sinne alle EU/EWR-Staaten. Die Schweiz ist (nur) in der EFTA. Alle anderen Länder, z.B. Serbien oder die USA, werden als Drittstaaten bezeichnet.

Weil die **Schweiz** weder der EU noch dem EWR beigetreten ist, gelten im Verhältnis der Schweiz zu Liechtenstein andere Bestimmungen (vgl. dazu "Unterstellungsregeln Schweiz-Liechtenstein"). **Drittstaaten** werden grundsätzlich nicht koordiniert; es gelten aber zum Teil Sonderregeln durch völkerrechtliche Verträge Liechtensteins mit Staaten ausserhalb von EU, EWR oder EFTA.

Wer wird von der Koordinierung umfasst?

Innerhalb des EWR kommen die VO (EG) 883/2004 und 987/2009 grundsätzlich nur für **Staatsangehörige eines EWR-Staates** zur Anwendung. Gleichgestellt sind **Flüchtlinge** und Staatenlose mit Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat.

Die EU-Staaten haben mit den VO (EG) Nr. 1231/2010 und 859/2003 die Ausdehnung der Koordinationsregeln auf **Drittstaatsangehörige** beschlossen. Diese EU-Rechtsakte wurden jedoch nicht in den EWR übernommen. Sie gelten also nicht für Island, Liechtenstein und Norwegen.

Spezialregelungen: Im Verhältnis zwischen Liechtenstein und Österreich wurde in einem Abkommen über Soziale Sicherheit vereinbart, dass auch Drittstaatsangehörige in die Koordinierung einbezogen werden (s.u.). Es gibt einige Ausnahmen bei den beitragsunabhängigen Sonderleistungen. Dänemark und Irland haben Sonderregelungen für Drittstaatsangehörige.

Erwerbortprinzip

Eine Person ist **in dem Staat sozialversichert**, in welchem die Tätigkeit **tatsächlich ausgeübt** wird (Art. 11 VO [EG] 883/2004). Das betrifft unselbständig Beschäftigte und Selbständige, aber auch Bezüger von Kranken- oder Unfalltaggeld. Alle anderen sind am Wohnsitz sozialversichert. Spezielle Regeln gelten für Beamte, die Bezüger von Arbeitslosengeld und Wehr- oder Ersatzdienstleistende. Bei regelmässiger paralleler Tätigkeit in mehreren Mitgliedsstaaten, z.B. beim Flugpersonal mit Heimatbasis in EU/EWR, gibt es Sonderregelungen. Auch das internationale Transportgewerbe und Seeleute unterfallen zum Teil besonderen Unterstellungsvorschriften.

Beispiele: Eine Person, welche in Österreich wohnt und ausschliesslich in Liechtenstein arbeitet, ist in Liechtenstein sozialversichert. Für sie sind Beiträge an die liechtensteinische AHV zu entrichten. Dabei ist unerheblich, ob die Tätigkeit selbständig oder unselbständig ausgeübt wird, nach welchem Arbeitsrecht der Arbeitsvertrag abgeschlossen wurde oder wo die Firma ihren Sitz hat. Entscheidend ist bei Anwendung des Erwerbortprinzips vielmehr, in welchem Staat der **Arbeitnehmer seine Tätigkeit physisch verrichtet**.

Wohnsitz	tätig in	Firmensitz	Rechtsvorschrift
AT	LI	unerheblich	LI

Eine liechtensteinische Firma, die in Deutschland wohnhaftes Personal ausschliesslich in Österreich beschäftigt und dabei liechtensteinische Arbeitsverträge nutzt, muss also mit dem österreichischen Sozialversicherungsträger abrechnen.

Wohnsitz	tätig in	Firmensitz	Rechtsvorschrift
DE	AT	unerheblich	AT

Entsendung

Die Entsendung (Art. 12 VO [EG] 883/2004) ist eine der wichtigsten Ausnahmen vom Erwerbsortsprinzip. Entsendung bedeutet, dass jemand weiterhin dem bisherigen Sozialversicherungsrecht unterstellt bleibt, auch wenn er **vorübergehend im Ausland arbeitet**.

Eine Entsendung von Arbeitnehmern ist nur zulässig, wenn der Arbeitgeber gewöhnlich nennenswert im Entsendestaat tätig ist, also keine reine Briefkastenfirma ist. Zulässig ist nach Art. 14 VO (EG) 987/2009 auch eine Einstellung zum Zweck der Entsendung; der Arbeitnehmer muss dann aber zuvor für mindestens einen Monat den Rechtsvorschriften des Entsendestaates unterlegen haben. Bei Personen, die vor Ort eingestellt werden (Ortskräfte), kann somit keine Entsendung vorliegen. Die Entsendedauer ist grundsätzlich auf 24 Monate beschränkt.

Auch bei Selbständigerwerbenden gibt es die Entsendung. Sie setzt voraus, dass der Selbständige seine Tätigkeit gewöhnlich im Entsendestaat ausübt. Es wird ferner vorausgesetzt, dass die vorübergehende Auslandstätigkeit der eigentlichen Tätigkeit im Entsendestaat ähnelt (Art. 14 Abs. 4 VO [EG] 987/2009) und bereits zumindest zwei Monate im Entsendestaat ausgeübt wurde. Die Entsendedauer beträgt ebenfalls maximal 24 Monate und sollte bereits vor der Beschäftigungsaufnahme feststehen.

Beispiel: Ein liechtensteinischer Industriebetrieb liefert Maschinen nach Polen. Die Maschinen sollten vor Ort montiert und eingestellt werden. Dafür wird ihr in Liechtenstein wohnhafter und beschäftigter Monteur für ein halbes Jahr nach Polen entsandt. Dieser Arbeiter ist weiterhin in Liechtenstein sozialversichert.

wohnt und arbeitet	entsandt nach	Firmensitz	Rechtsvorschrift
LI	Polen (6 Monate)	LI	LI

Sind die 24 Monate noch nicht ausgeschöpft, kann in Ausnahmefällen (z.B. Unfall des Entsandten) eine andere Person für die verbleibende Zeit als Ersatz geschickt werden, wenn sie die gleiche Tätigkeit verrichtet. Nicht erlaubt ist hingegen die sog. Kettenentsendung (Art. 12 VO [EG] 883/2004), d.h. wenn ein Beschäftigter jeweils durch den nächsten ersetzt werden soll.

Die EWR-/EFTA-Staaten haben sich im Rahmen einer Auslegungsdiskussion darauf geeinigt, dass die Bestimmungen der Verordnungen (EG) 883/2004 und 987/2009 für unselbständige Arbeitnehmer auch eine **Entsendung an den heimischen Arbeitsplatz (Home-office)** zulassen, wenn diese vorübergehend und punktuell (also nicht regelmässig) geschieht.

Beispiele: Entsendung zur Wahrnehmung von vorübergehenden Pflege- und Betreuungsaufgaben, für kurze Zeit aus medizinischen Gründen in der Person des Arbeitnehmers, bei einer mehrwöchigen Betriebsschliessung wegen einer Renovierung.

Tätigkeiten in mehreren Staaten

Es gibt Berufe, die typischerweise grenzüberschreitend ausgeübt werden: Handelsreisende für grosse Firmen, Binnenschiffer, europäische Pharmavertreter oder andere Arbeitskräfte mit internationalen Einsätzen. Aber auch Manager oder Wissenschaftler, die zu geschäftlichen Meetings oder Konferenzen in ganz Europa unterwegs sind, üben eine parallele Tätigkeit in mehreren Mitgliedsstaaten von EU/EWR aus, ebenso der Handwerker im Rheintal, der Aufträge in Österreich, Liechtenstein und der Schweiz annimmt oder der Grenzgänger, der einige Tage in der Woche im Homeoffice arbeitet.

Bei gleichzeitiger Beschäftigung in mehreren Mitgliedstaaten kommt das **Prinzip der Unterstellung in nur einem Staat** zur Anwendung. Die Beschäftigten, egal ob Arbeitnehmer oder Selbständige, sind für ihre Tätigkeiten nicht anteilig in mehreren Ländern versichert, sondern **für den gesamten Erwerb** nur in einem einzigen Staat.

Für die Bestimmung der Versicherungsunterstellung bei der Ausübung von Erwerbstätigkeiten in zwei oder mehr Staaten werden **marginale Tätigkeiten** nicht berücksichtigt. Zweck dieser Bestimmung ist zu verhindern, dass sich die Versicherungsunterstellung aufgrund kleingeringfügiger Tätigkeiten ändert. Ein Indikator für eine marginale Tätigkeit kann eine reguläre Arbeitszeit und/oder Einkommen von weniger als 5% im Verhältnis zum Gesamtpensum pro Staat sein (mehrere Erwerbstätigkeiten für verschiedene Arbeitgeber werden zusammengezählt (Art. 14 Abs. 5b VO [EG] 987/2009).

Unselbständige Tätigkeit in mehreren Mitgliedstaaten

Für Arbeitnehmer ist der Mitgliedstaat zu bestimmen, zu dem sie die **engste Verbindung** aufweisen. Dort ist der Versicherte zu unterstellen. Relevante Kriterien sind dabei, ob diese eine Tätigkeit für einen oder mehrere Arbeitgeber, die ihren Sitz in einem oder verschiedenen Mitgliedstaaten haben, ausüben und welcher Anteil der Erwerbstätigkeit im Wohnsitzstaat anfällt (Art. 13 VO [EG] 883/2004 i.V.m. Art. 14 Abs. 8 VO [EG] 987/2009).

Personen, die in zwei oder mehr Staaten als Arbeitnehmer für zwei oder mehr Arbeitgeber arbeiten, sind grundsätzlich dem System an ihrem Wohnort unterstellt, wenn sie am Wohnort einen **wesentlichen Anteil** ihrer Arbeit verrichten.

Beispiel: Ein in Österreich wohnhafter Arbeitnehmer arbeitet in Österreich für den Arbeitgeber 1 zu 40% und in Liechtenstein zu 60% für den Arbeitgeber 2. Er untersteht ausschliesslich in Österreich dem Sozialversicherungssystem und hat nach diesem Sozialversicherungsbeiträge und zwar auf sein gesamtes Einkommen zu entrichten.

wohnt in	Arbeitgeber 1 in AT	Arbeitgeber 2 in LI	Sozialversicherung
AT	AT 40%	LI 60%	nur in AT

Beispiel: Ein in Österreich wohnhafter Arbeitnehmer arbeitet in Österreich für den Arbeitgeber 1 zu 20% und in Liechtenstein zu 80% für den Arbeitgeber 2. Er untersteht ausschliesslich in Liechtenstein dem Sozialversicherungssystem und hat nach diesem Sozialversicherungsbeiträge und zwar auf sein gesamtes Einkommen zu entrichten.

wohnt in	Arbeitgeber 1 in AT	Arbeitgeber 2 in LI	Sozialversicherung
AT	AT 20%	LI 80%	nur in LI

Grenzüberschreitende Telearbeit (Homeoffice)

Dasselbe gilt für Grenzgänger mit einem Arbeitgeber, die zum Beispiel einen Tag zuhause im **Homeoffice** arbeiten.

wohnt in	Homeoffice in AT	Arbeitgeber in LI	Sozialversicherung
AT	20%	80%	nur in LI

Zu beachten: **Seit Juli 2023** gibt es ein Multilateral Framework Agreement (**Rahmenvereinbarung**) für Telearbeit (**Homeoffice**). Danach dürfen Arbeitnehmer der Unterzeichnerstaaten im Wohnsitzstaat bis zu "weniger als 50%" der Arbeitszeit im Homeoffice arbeiten, ohne dass die Sozialversicherung aus dem eigentlichen Beschäftigungsstaat auf den Wohnsitzstaat übergeht. Die bis Ende Juni 2023 geltende Ausnahmeregelung aus der Zeit der Pandemie ist ausgelaufen. **Unterzeichnerstaaten** dieser Rahmenvereinbarung sind u.a. **Liechtenstein, Deutschland, Österreich** und die **Schweiz**.

Voraussetzung ist, dass es sich um einen unselbständigen Arbeitnehmer bei einem oder mehreren Arbeitgebern im Erwerbsstaat handelt, der dieselbe Arbeit im Homeoffice wie am herkömmlichen Arbeitsplatz verrichtet, mit dem Arbeitgeber über eine IT-Verbindung verbunden ist und in ihrem Wohnsitzstaat (nicht notwendig zuhause) ortsungebunden Telearbeit, also Homeoffice, verrichtet.

Homeoffice: Regelung zur sozialversicherungsrechtlichen Unterstellung ab Juli 2023

Arbeitsort Arbeitgeber	Wohnort	Nationalität	Homeoffice <25%	Homeoffice < 50%
LI	LI	LI	Ja	Ja
LI	LI	CH	Ja	Ja
LI	LI	EU	Ja	Ja
LI	LI	Drittstaaten	Ja	Ja
LI	CH	CH	Ja (EFTA)	Ja (EFTA)
LI	CH	LI	Ja	Ja
LI	CH	EU	VO 883/04 nicht anwendbar	VO 883/04 nicht anwendbar
LI	CH	Drittstaaten	VO 883/04 nicht anwendbar	VO 883/04 nicht anwendbar
LI	A	A	Ja (EWR)	Ja (EWR)
LI	A	LI	Ja	Ja
LI	A	CH	Ja (Drittstaatsabkommen)	Ja (Drittstaatsabkommen)
LI	A	EU	Ja (EWR)	Ja (EWR)
LI	A	Drittstaaten	Ja (Drittstaatsabkommen)	Ja (Drittstaatsabkommen)
LI	D	D	Ja (EWR)	Ja (EWR)
LI	D	LI	Ja	Ja
LI	D	CH	VO 883/04 nicht anwendbar	VO 883/04 nicht anwendbar
LI	D	EU	Ja (EWR)	Ja (EWR)
LI	D	Drittstaaten	VO 883/04 nicht anwendbar	VO 883/04 nicht anwendbar

Zu beachten: Diese Rahmenvereinbarung betrifft zudem ausschliesslich das Sozialversicherungsrecht, und insbesondere nicht das Steuerrecht. Grenzüberschreitende Telearbeit bzw. Homeoffice kann jedoch auch steuerrechtliche Auswirkungen sowohl für die Arbeitnehmer/innen als auch für die Arbeitgeber/innen haben, was im Einzelfall abzuklären ist.

Personen, die in zwei oder mehr Mitgliedstaaten als Arbeitnehmer für einen Arbeitgeber mit Sitz in EU/EWR arbeiten, ohne jedoch im Wohnstaat zu arbeiten, sind dem Sozialversicherungssystem am Firmensitz des Arbeitgebers unterstellt.

wohnt in	Sitz des Arbeitgebers	arbeitet in	Sozialversicherung
AT	LI	Belgien und Frankreich	nur in LI

Für eine Person, die in der EU/EWR wohnt und ihre Beschäftigung in zwei oder mehr Mitgliedstaaten für einen Arbeitgeber ausübt, der seinen Sitz ausserhalb der EWR hat, gelten die Rechtsvorschriften des Wohnmitgliedstaates.

wohnt in	Sitz des Arbeitgebers	arbeitet in	Sozialversicherung
AT	USA	Belgien u. Frankreich	nur in AT

Firmensitz ist der Ort, wo die Geschäftstätigkeit wirklich stattfindet und wo die wichtigen geschäftlichen Entscheidungen getroffen werden; eine reine Briefkastenfirma erfüllt diese Voraussetzungen nicht.

wohnt in	Sitz des Arbeitgebers	arbeitet in	Sozialversicherung
AT	Geschäft in DE "Briefkasten" in LI	Belgien u. Frankreich	nur in DE

Es gibt Lücken im zwischenstaatlichen Recht, insbesondere, wo die Schweiz oder Drittstaaten involviert sind. Sind die VO [EG] 883/2004 und 987/2009 aufgrund einer solchen Lücke nicht anwendbar, kann die Unterstellung bei paralleler Beschäftigung nicht koordiniert werden, d.h. es ist nicht nur ein Sozialversicherungsrecht anwendbar. Dann kann es zu einer **Doppelunterstellung kommen, d.h. der Arbeitnehmer muss parallel in zwei Ländern sozialversichert werden.** Zwischen Liechtenstein, Deutschland, der Schweiz und Österreich gibt es derzeit kein Dachabkommen, welches die doppelte Unterstellung bei Triangulierung, also einem Bezug zu drei verschiedenen Rechtsgebieten, verhindern könnte.

wohnt in	arbeitet in	Staatsangehörigkeit	Sozialversicherung
CH	LI und CH	(nur) EU-Bürger	doppelt in LI und CH

Sozialversicherungsrechtliche Unterstellung bei Arbeitsunterbrechungen

Sozialversicherungsrechtlich schwierig sind sehr kurze Beschäftigungen über die Grenze hinweg, vor allem im Personalverleih. Es hängt vom Sachverhalt im Einzelfall ab, ob die Zuständigkeit des Sozialversicherungsträgers bei **kurzen wirtschaftlich inaktiven Zeiten** zurück in

den Wohnsitzstaat wechselt und dann wieder in den Beschäftigungsstaat fällt oder im Beschäftigungsstaat bleibt. Der Beschäftigungsstaat definiert, was eine Beschäftigungszeit ist (z.B. ob ein Tag ausreicht oder mindestens ein Monat gearbeitet werden muss).

Wohnsitz	tätig in	Firmensitz	Rechtsvorschrift
AT	nur tageweise in LI	unerheblich	jeden Arbeitsmonat: LI

Die gleiche Problematik stellt sich bei einer Freistellung oder einem **Sabbatical** ohne Bezüge.

Wohnsitz	tätig Jan.-Sept. in	Sabbatical Okt.-Dez.	Rechtsvorschrift
AT	LI	keine Beschäftigung	Jan.-Sept. in LI Okt.-Dez. in AT

Arbeitnehmer ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber (ANobAG)

Wenn der Arbeitgeber keine Niederlassung in dem Staat hat, in dessen Gebiet sein Arbeitnehmer beschäftigt wird, kann vereinbart werden, dass der Arbeitnehmer selbst mit der zuständigen Sozialversicherung abrechnet; der Arbeitgeber hat dem zuständigen Sozialversicherungsträger eine solche Vereinbarung mitzuteilen (Art. 21 Abs. 2 VO [EG] 987/2009). Arbeitnehmer eines **ausländischen Arbeitgebers**, der in Liechtenstein **keine eigene Betriebsstätte/Niederlassung** hat und deswegen nicht beitragspflichtig ist, zahlen ihre Sozialversicherungsbeiträge also selbst, d.h. den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmeranteil. Der Arbeitgeber hat dem Arbeitnehmer zusätzlich zum Lohn den Arbeitgeberanteil zu zahlen. Subsidiär haftbar bleibt der Arbeitgeber. Diese Regelung gilt auch für die Schweiz. Es ist zulässig, dass der ausländische Arbeitgeber wie ein liechtensteiner Arbeitgeber mit den AHV-IV-FAK Anstalten abrechnet.

Wohnsitz	tätig in	Firmensitz	Rechtsvorschrift
AT	LI	AT-Firma ohne Betriebsstätte in LI	Arbeitnehmer rechnet in LI ab (ANobAG) oder AT-Firma rechnet wie eine LI-Firma ab

"Opting out" bzw. "opting in"

In der Praxis seltene Konstellationen erlauben das "opting out" bzw. das "opting in".

Personen, die bereits einer ausländischen staatlichen Alters- und Hinterlassenenversicherung angehören und für welche die doppelte Unterstellung in zwei Staaten "eine nicht zumutbare Doppelbelastung bedeuten würde" (Art. 34 Abs. 2 Bst. b AHVG) können auf Gesuch von der Versicherungspflicht ausgenommen werden ("**opting out**"). Eine solche Konstellation kann nur dort vorkommen, wo die Koordinierung nach der VO [EG] 883/2004 nicht zur Anwendung gelangt.

Umgekehrt können sich Liechtensteiner, die im Ausland leben, unter bestimmten, engen Voraussetzungen bei der AHV freiwillig versichern (Art. 35 AHVG i.V.m. Art. 5quater AHVV). Ein Beitritt ("**opting in**") ist nur dann möglich, sofern die beitragswillige Person nicht in einem

Staat lebt, mit dem eine zwischenstaatliche Vereinbarung über soziale Sicherheit besteht, was etwa für die Schweiz oder die EU/EWR gilt.

Hinweis: Beitragspflichtig sind hingegen Personen, deren Aufenthaltsrecht in Liechtenstein keine Erwerbstätigkeit (im Inland) zulässt, die aber allfällige Einkünfte aus dem Ausland beziehen, soweit sie auch nach Anwendung der VO [EG] 883/2004 bzw. 987/2009 oder anderen internationalen Koordinierungsvorschriften liechtensteinischem Sozialversicherungsrecht unterliegen. Bei der **Wohnsitznahme in Liechtenstein** sind daher nicht nur **steuerrechtliche**, sondern auch **sozialversicherungsrechtliche Aspekte** zu beachten.

Selbständige Tätigkeiten

Ob eine Erwerbstätigkeit als selbständig oder als unselbständig ausgeübt gilt, richtet sich nach nationalem Recht. Wenn ein Versicherter in Liechtenstein also als Arbeitnehmer (unselbständige Tätigkeit) oder als Selbständiger qualifiziert wird, hat der zuständige Wohnsitzträger diese nationale Beurteilung für die Festlegung der anzuwendenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen.

Beispiel: Die Aufgabe eines Organs (z.B. **Verwaltungsrat**) einer juristischen Person wird in Liechtenstein als unselbständige Tätigkeit gewertet. Der ausländische Sozialversicherungsträger des Wohnorts wird den Verwaltungsrat bei paralleler Tätigkeit dementsprechend als Arbeitnehmer in Liechtenstein behandeln, auch wenn er selbst die Einstufung vielleicht anders vorgenommen hätte.

Für die Frage, welchen Rechtsvorschriften ein Selbständiger unterliegt, kommt es auf den sogenannten **Mittelpunkt der Tätigkeit** an: Ein Selbständiger ist im Wohnsitzland zu versichern, wenn er dort den wesentlichen Teil seiner Tätigkeit ausübt. Hingegen unterliegt er den Rechtsvorschriften eines anderen Mitgliedstaates, wenn seine **wesentliche Tätigkeit** dort ausgeübt wird, auch wenn er nicht dort wohnt.

Wo der "Mittelpunkt einer selbständigen Erwerbstätigkeit" oder der "wesentliche Teil der Tätigkeit" ist, wird in einer Gesamtbetrachtung anhand sämtlicher Merkmale bestimmt, die eine berufliche Tätigkeit kennzeichnen. Hierzu gehört namentlich der Ort, an dem sich die feste oder ständige Niederlassung befindet, die Art oder Dauer der ausgeübten Tätigkeit, der Umsatz, die Anzahl der erbrachten Dienstleistungen sowie der sich aus sämtlichen Umständen ergebende Wille des Versicherten.

wohnt in	Sitz der Firma	arbeitet	Sozialversicherung
AT	in LI	"wesentlich" in LI	nur in LI

Eine reine pro-forma-Gewerbeanmeldung in einem Mitgliedstaat reicht nicht.

wohnt in	Sitz der Firma	arbeitet	Sozialversicherung
AT	"pro forma" in LI	"wesentlich" in AT	nur in AT

Selbständige und unselbständige Tätigkeit in mehreren Mitgliedstaaten

Wer parallel selbständig und unselbständig tätig ist, der unterliegt den Rechtsvorschriften des Mitgliedsstaats, in dem die unselbständige Tätigkeit ausgeübt wird.

wohnt in	Arbeitnehmer in	selbständig in	Sozialversicherung
AT	LI	AT	nur in LI

Beamte

Wer in einem Mitgliedsstaat in einer Verwaltung tätig ist und als Beamter (oder gleichgestellt) gilt, ist Beamter im Sinne des Koordinierungsrechts. Entscheidend ist somit, dass der Versicherte in dem Staat, für welchen er arbeitet, **als Beamter eingeordnet** wird. Nicht entscheidend ist, ob typische Hoheitsaufgaben wie z.B. in der Polizei, in einer staatlichen Behörde ausgeübt werden. Daher kann auch ein Lehrer, ein Hausmeister in einer Amtsstelle, ein Notar, ein Wissenschaftler oder ein Richter als Beamter in diesem Sinne gelten.

In Liechtenstein gelten **Gemeinderäte, Landtagsabgeordnete** und **Mitglieder von besonderen Kommissionen** gemäss Art. 5^{quinquies} AHVV nicht als Beamte oder gleichgestellte Personen im Sinne der Verordnung (EG) 883/2004

Beamte und ihnen gleich gestellte Personen, die gleichzeitig in einem anderen Mitgliedsstaat (oder mehreren anderen Mitgliedstaaten) als Arbeitnehmer und/oder Selbständige arbeiten, unterliegen dem System jenes Staates, in dem sie als Beamte versichert sind, sofern die Beamtentätigkeit **nicht marginal** (weniger als 5%) ist.

wohnt in	Beamter in	Arbeitnehmer	Sozialversicherung
AT	LI 40%	AT 60%	nur in LI

Der Wohnort der betreffenden Person ist dabei ohne Bedeutung.

wohnt in	Beamter in	selbständig	Sozialversicherung
DE	LI 20%	AT 30%	nur in LI

Bei Personen, die in **zwei Staaten als Beamte** tätig sind, besteht kein Konsens zwischen den Staaten, welchen Rechtsvorschriften diese Personen unterliegen. Diese Frage ist streitig. Denn die meisten EU/EWR-Staaten halten den Grundsatz, dass die Sozialversicherung nur in einem Staat stattfinden sollte, gegenüber dem Privileg des Dienstherrn, die Sozialversicherung seiner Beamten eigenverantwortlich zu regeln, für vorrangig. Sie bevorzugen die Anwendung der allgemeinen Unterstellungsregeln für parallele Beschäftigung auch auf mehrfach tätige Beamte.

wohnt in	Beamter in	Beamter in	Sozialversicherung
AT	AT 30%	LI 50%	nur in AT

Im Gegensatz dazu interpretieren die **Schweizer Sozialversicherungsträger** die Rechtslage zumeist so:

wohnt in	Beamter in	Beamter in	Sozialversicherung
CH	CH 30%	LI 50%	jeweils in CH und in LI

Bei **zeitlich gestaffelter Tätigkeit**, also ein Versicherter mit ein paar Jahren als Beamter in einem Mitgliedsstaat und anschliessend als Beamter in einem anderen Land, gelten wieder die allgemeinen Regeln, nämlich, dass der Beamte erst im einen und danach im anderen Land zu versichern ist, was wegen der verschiedenen nicht mit einander abgestimmten und oft spezifischen Beamtenversorgungssysteme noch schwierig genug ist. Der Wohnort ist dabei nicht von Belang.

wohnt in	erst Beamter in	später Beamter in	Sozialversicherung
DE	AT	LI	erst in AT, danach in LI

Liechtenstein / Österreich / Deutschland

Im Verhältnis zu den EU/EWR-Nachbarstaaten Österreich und Deutschland lässt sich die Versicherungsunterstellung von Grenzgängern, die parallel zur Erwerbstätigkeit als Arbeitnehmer, Selbständiger oder Beamter in Liechtenstein auch in ihrem Wohnstaat tätig sind, wie folgt **tabellarisch zusammenfassen**:

Unterstellungstabelle im Spannungsfeld LI – AT und LI – DE (vereinfacht, nicht abschliessend, nur für EWR-Staatsangehörige)

Arbeitnehmer mit nur einem Arbeitgeber					
In LI tätig	In AT tätig	In DE tätig	Nationalität	Anwendbare VO / Rechtsvorschrift	Unterstellt
Δ USE*		-		Art. 11 Abs. 3 a VO 883 / national	LI
Δ USE* \geq 25%	USE*	-		Art. 13 Abs. 1 a VO 883	LI
Δ USE* < 25%	USE*	-		Art. 13 Abs. 1 b i VO 883	AT
Δ USE* \geq 25%	-	USE*	EU, EWR	Art. 13 Abs. 1 a VO 883	LI
Δ USE* < 25%	-	USE*	EU, EWR	Art. 13 Abs. 1 b ii VO 883	DE
USE*	Δ	-		Art. 11 Abs. 3 a VO 883 / national	LI
USE*	Δ USE* \geq 25%	-		Art. 13 Abs. 1 a VO 883	AT
USE*	Δ USE* < 25%	-		Art. 13 Abs. 1 b i VO 883	LI
USE*	-	Δ	EU, EWR	Art. 11 Abs. 3 a VO 883 / national	LI
USE*	-	Δ USE* \geq 25%	EU, EWR	Art 13 1 a VO 883	DE
USE*	-	Δ USE* < 25%	EU, EWR	Art. 13 Abs. 1 b ii VO 883	LI
Arbeitnehmer mit mehreren Arbeitgebern					
In LI tätig	In AT tätig	In DE tätig und Δ	Nationalität	Anwendbare VO / Rechtsvorschrift	Unterstellt

Δ nur Wohnsitz	USE**	USE**	EU, EWR	Art. 13 Abs. 1 b iv VO 883	LI
Δ USE** < 25%	USE**	-		Art. 13 Abs. 1 b iii VO 883	AT
Δ USE** ≥ 25%	USE**	-		Art. 13 Abs. 1 a VO 883	LI
Δ USE** < 25%		USE**	EU, EWR	Art. 13 Abs. 1 b iii VO 883	DE
Δ USE** ≥ 25%		USE**	EU, EWR	Art. 13 Abs. 1 a VO 883	LI
Δ Be** < 5%	USE**	-		Art. 14 Abs. 5b VO 987	AT
Δ Be** ≥ 5%	-	USE**	EU, EWR	Art. 13 Abs. 4 VO 883 (Ausnahmevereinbarung zur Doppelunterstellung denkbar)	LI (ggf. Doppelunterstellung)
Δ Be** ≥ 25%	Be**			analog Art. 13 Abs. 1 a VO 883	LI
Δ Be** < 25%	Be**			analog Art. 13 Abs. 1 b iii VO 883	AT
Δ Be** ≥ 25%		Be**	EU, EWR	analog Art. 13 Abs. 1 a VO 883	LI
Δ Be** < 25%		Be**	EU, EWR	analog Art. 13 Abs. 1 b iii VO 883	DE
USE**	Δ nur Wohnsitz	USE**	EU, EWR	Art. 13 Abs. 1 b iv VO 883	AT
USE**	Δ USE** < 25%			Art. 13 Abs. 1 b iii VO 883	LI
USE**	Δ USE** ≥ 25%			Art. 13 Abs. 1 a VO 883	AT
USE**	Δ Be** < 5%	-		mit AT generelle Ausnahme zu Art. 13 Abs. 4 VO 883 vereinbart, zudem auch durch Art 14 Abs. 5b VO 987 gedeckt	LI
Be**	Δ Be** ≥ 25%			analog Art. 13 Abs. 1 a VO 883	AT
Be**	Δ Be** < 25%			analog Art. 13 Abs. 1 b iii VO 883	LI
USE**	USE**	Δ nur Wohnsitz	EU, EWR	Art. 13 Abs. 1 b iv VO 883	DE
USE**	-	Δ USE** < 25%	EU, EWR	Art. 13 Abs. 1 b iii VO 883	LI
USE**	-	Δ USE** ≥ 25%	EU, EWR	Art. 13 Abs. 1 a VO 883	DE
USE**	-	Δ Be** ≥ 5%	EU, EWR	Art. 13 Abs. 4 VO 883 (Ausnahmevereinbarung zur Doppelunterstellung denkbar)	DE (ggf. Doppelunterstellung)
Be**	-	Δ Be** ≥ 25%	EU, EWR	analog Art. 13 Abs. 1 a VO 883	DE
Be**	-	Δ Be** < 25%	EU, EWR	analog Art. 13 Abs. 1 b iii VO 883	LI

Selbständig oder parallel Selbständiger und Arbeitnehmer					
In LI tätig	In AT tätig	In DE tätig	Nationalität	Anwendbare VO / RV	Unterstellt
Δ USE*	SE	-		Art. 13 Abs. 3 VO 883	LI
Δ USE*	-	SE	EU, EWR	Art. 13 Abs. 3 VO 883	LI
Δ USE* ≤ 5%	SE			Art. 14 Abs. 5 b VO 987	AT
Δ USE* ≤ 5%	-	SE	EU, EWR	Art. 14 Abs. 5 b VO 987	DE
Δ SE	USE*	-		Art. 13 Abs. 3 VO 883	AT
Δ SE	-	USE*	EU, EWR	Art. 13 Abs. 3 VO 883	DE
Δ USE* u. SE	SE	-		Art. 13 Abs. 3 VO 883	LI
Δ USE* u. SE	-	SE	EU, EWR	Art. 13 Abs. 3 VO 883	LI
Δ	SE	-		Art. 11 Abs. 3 a VO 883	AT
Δ	-	SE	EU, EWR	Art. 11 Abs. 3 a VO 883	DE
Δ SE ≥ 25%	SE	-		Art. 13 Abs. 2 a VO 883	LI
Δ SE < 25%	SE			Art. 13 Abs. 2 b VO 883	AT
Δ SE ≥ 25%	-	SE	EU, EWR	Art. 13 Abs. 2 a VO 883	LI
Δ SE < 25%	-	SE	EU, EWR	Art. 13 Abs. 2 b VO 883	DE
Δ SE u. USE** ≥ 25%	SE und USE**	-		Art. 13 Abs. 3 VO 883 mit Verweis auf Art. 13 Abs. 1 VO 883	LI
Δ SE u. USE** < 25%	SE und USE**	-		Art. 13 Abs. 3 VO 883 mit Verweis auf Art. 13 Abs. 1 b iii	AT
Δ SE u. USE** ≥ 25%	-	SE und USE**	EU, EWR	Art. 13 Abs. 3 VO 883 mit Verweis auf Art. 13 Abs. 1 VO 883	LI

Δ SE u. USE** < 25%	-	SE und USE**	EU, EWR	Art. 13 Abs. 3 VO 883 mit Verweis auf Art. 13 Abs. 1 b iii	DE
USE*	Δ SE	-		Art. 13 Abs. 3 VO 883	LI
USE* \leq 5%	Δ SE			Art. 14 Abs. 5 b VO 987	AT
SE	Δ USE*	-		Art. 13 Abs. 3 VO 883	AT
SE	Δ USE* u. SE	-		Art. 13 Abs. 3 VO 883	AT
SE	Δ USE < 5%	-		Art. 14 Abs. 5 b VO 987	LI
SE	Δ	-		Art. 11 Abs. 3 a VO 883	LI
SE	Δ SE \geq 25%	-		Art. 13 Abs. 2 a VO 883,	AT
SE	Δ SE < 25%			Art. 13 Abs. 2 b VO 883	LI
SE u. USE**	Δ SE und USE** \geq 25%	-		Art. 13 Abs. 3 VO 883 mit Verweis auf Art. 13 Abs. 1 VO 883	AT
SE u. USE**	Δ SE und USE** < 25%	-		Art. 13 Abs. 3 VO 883 mit Verweis auf Art. 13 Abs. 1 b iii	LI
USE*	-	Δ SE	EU, EWR	Art. 13 Abs. 3 VO 883	LI
USE* \leq 5%	-	Δ SE	EU, EWR	Art. 14 Abs. 5 b VO 987	DE
SE	-	Δ USE*	EU, EWR	Art. 13 Abs. 3 VO 883	DE
SE	-	Δ USE* und SE		Art. 13 Abs. 3 VO 883	DE
SE	-	Δ USE < 5%	EU, EWR	Art. 14 Abs. 5 b VO 987	LI
SE	-	Δ	EU, EWR	Art. 11 Abs. 3 a VO 883	LI
SE	-	Δ SE \geq 25%	EU, EWR	Art. 13 Abs. 2 a VO 883	DE
SE	-	Δ SE < 25%	EU, EWR	Art. 13 Abs. 2 b VO 883	LI
SE u. USE**	-	Δ SE und USE** \geq 25%	EU, EWR	Art. 13 Abs. 3 VO 883 mit Verweis auf Art. 13 Abs. 1 VO 883	DE
SE u. USE**	-	Δ SE und USE** < 25%	EU, EWR	Art. 13 Abs. 3 VO 883 mit Verweis auf Art. 13 Abs. 1 b iii	LI

	wohnhaft in Liechtenstein
	wohnhaft in Österreich
	wohnhaft in Deutschland

USE unselbständig erwerbstätig >5%

SE selbständig erwerbstätig

Be Beamte

EU Staatsangehöriger der EU

EWR Staatsangehöriger der drei EWR-Staaten Norwegen, Liechtenstein oder Island

VO Verordnung

AT Österreich

DE Deutschland

LI Liechtenstein

* ein Arbeitgeber

** zwei Arbeitgeber

\geq 25% 25% und mehr (Kriterien: bei USE Arbeitszeit/-entgelt; bei SE Umsatz, Arbeitszeit, Anzahl Dienstleistungen bzw. Einkommen) entspricht dem "wesentlicher Teil" (vgl. Art. 14 Abs. 8 Bst. b VO [EG]987/2009)

<25% weniger als 25% (vgl. Art. 14 Abs. 8 b VO [EG] 987/2009)

< 5% weniger als 5% "unbedeutend" bzw. "marginal" (Art. 14 Abs. 5b VO [EG] 987/2009)

Δ wohnhaft

Verwaltungsablauf und das Portable Document A1 (PD A1)

Eine Person, die in zwei oder mehreren Mitgliedsstaaten eine Tätigkeit ausübt, teilt dies dem **zuständigen Sozialversicherungsträger des Wohnmitgliedstaats** mit. In Liechtenstein ist das die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), Gerberweg 2 in 9490 Vaduz. Sobald die Unterstellung erfolgt ist, stellt die zuständige Sozialversicherung eine entsprechende Bescheinigung aus, damit am anderen Erwerbort nicht zusätzlich (doppelt) Beiträge erhoben und Leistungen erbracht werden. Diese Bescheinigung heisst PD A1.

Wenn die sozialversicherungsrechtliche Unterstellung jedoch nicht am Wohnort erfolgen kann, dann leitet der Wohnortträger den Fall an den zuständigen Träger des (anderen) Erwerbortes weiter, der dann die Sozialversicherungsbeiträge erhebt und seinerseits mit PD A1 bestätigt, dass die gesamte Unterstellung in diesem Staat erfolgt.

Wenn zweifelhaft ist, welcher Mitgliedsstaat zuständig ist, dann legt der Wohnsitzstaat das anwendbare Recht provisorisch fest und informiert den Beschäftigungsstaat. Dieser hat zwei Monate Zeit, um der provisorischen Unterstellung zu widersprechen. Erfolgt kein Widerspruch, so wird die **provisorische Unterstellung definitiv**. Können sich die Sozialversicherungsträger nicht einigen, folgt ein schrittweises europäisches Dialog- und Vermittlungsverfahren. Können sich die betroffenen Mitgliedstaaten hingegen sofort einigen, erübrigt sich die provisorische Unterstellung.

Eine definitive Unterstellung und die ausgestellte Bescheinigung PD A1 sind für sämtliche zuständige Träger (bis zu einem allfälligen Widerruf) **bindend** und kann bei wissentlich falschen Angaben rückwirkend aufgehoben werden.

Ausnahmeregelungen

Art. 16 der VO (EG) 883/04 sieht vor, dass die konkret betroffenen Staaten in seltenen Einzelfällen bei zwingenden Gründen Ausnahmen von den allgemeinen Unterstellungsregelungen durch eine **individuelle Vereinbarung** zulassen können. Eine solche Ausnahmevereinbarung für einen bestimmten Versicherten bedarf der Genehmigung aller betroffenen Länder. Zuständig ist dafür in Liechtenstein das Amt für Gesundheit.

Wichtiger sind Ausnahmevereinbarungen für ganze **Personengruppen**, und zwar:

- Wer in Liechtenstein seinem Haupterwerb nachgeht und **in Österreich als Politiker** ein nebenamtliches Mandat in einer Gemeinde ausübt, der ist ausschliesslich in Liechtenstein sozialversichert. Diese Ausnahmevereinbarung besteht nur zwischen Österreich und Liechtenstein.
- Bei international tätigen, liechtensteinischen **Personalverleihfirmen**, die ihr Personal in Österreich oder Deutschland rekrutieren und bei denen angenommen werden kann, dass das verliehene Personal in verschiedenen Staaten zum Einsatz gelangen wird (wobei aber nicht im Vorhinein feststeht, wann sie in welchem Staat tätig sein werden), haben die von der Ausnahmevereinbarung erfassten Arbeitskräfte (die EWR-Staatsangehörige sein müssen) die Möglichkeit, auf Antrag in ihrem Wohnstaat versichert zu bleiben, selbst wenn sie auch ausserhalb ihres Wohnstaates zum Einsatz gelangen. Unterbleibt ein solcher

Antrag, so muss mit jedem Arbeitsortwechsel in einen anderen Staat eine neue Anmeldung und eine neue Versicherungsunterstellung erfolgen. Diese Ausnahmereinbarung gilt nur zwischen Deutschland, Österreich und Liechtenstein und ist auf das Staatsgebiet dieser drei Staaten beschränkt.

- Liechtenstein ist 2018 dem **Rheinschifferabkommen** beigetreten. Für auf einem Rheinschiff tätige Bootsleute (parallele Tätigkeit in mehreren Mitgliedsstaaten) mit einem Arbeitgeber in Liechtenstein gilt seitdem der Zusatz zur Vereinbarung über die Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften für Rheinschiffer gemäss Art. 16 Abs. 1 der Verordnung (EG) Nr. 883/2004. Die Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften richtet sich seitdem nicht mehr nach dem Sitz des Arbeitgebers, sondern nach dem Schiffsbetreiber bzw. Ausrüster des Rheinschiffs, auf dem der Mitarbeiter an Bord seine Berufstätigkeit ausübt. Weil der Rhein in Liechtenstein nicht schiffbar ist, führt Liechtenstein kein Schiffsregister; eine Unterstellung von Rheinschiffern in Liechtenstein kommt also nicht in Betracht.
- Mit dem Multilateral Framework Agreement (Rahmenvereinbarung) für Telearbeit wurde zwischen den Unterzeichnerstaaten vereinbart, dass Grenzgänger bis zu 50% im **Homeoffice** arbeiten können, ohne dass sich ihre sozialversicherungsrechtliche Unterstellung ändert (siehe oben). Diese Rahmenvereinbarung betrifft nur das Sozialversicherungsrecht, nicht das Steuerrecht. Grenzüberschreitende Telearbeit bzw. Homeoffice kann jedoch auch steuerrechtliche Auswirkungen haben.

Liechtenstein und die Schweiz

Die VO (EG) 883/04 wurde in das EFTA-Übereinkommen (**Vaduzer Konvention**) aufgenommen. Sie gilt zwischen Liechtenstein und der Schweiz für EFTA-Staatangehörige, also Schweizer, Liechtensteiner, Norweger und Isländer. Ein älteres bilaterales Abkommen über Soziale Sicherheit zwischen Liechtenstein und der Schweiz (mit Erwerbortsprinzip und ggf. Doppelunterstellung) findet nur subsidiär Anwendung (LGBl. 1990 Nr. 27). Dieses kommt insbesondere für EU-Bürger in Betracht, die von der Vaduzer Konvention nicht umfasst werden.

Bei der Entsendung eines EU-Bürgers zwischen der Schweiz und Liechtenstein gestützt auf Art. 6 des bilateralen Abkommens muss der Wohnsitz des entsandten Arbeitnehmers nicht zwingend in einem der beiden Vertragsstaaten sein. Entscheidend für die Anwendung ist, dass der Arbeitnehmer von einem Unternehmen mit Sitz in der Schweiz oder Liechtenstein beschäftigt und in den anderen Vertragsstaat entsandt wird.

In LI tätig	In CH tätig	Anwendbare VO / RV	Unterstellung
USE	Δ USE \geq 25%	Art. 13 Abs. 1 a VO 883, Art. 14 Abs. 8 a VO 987	CH
USE	Δ USE < 25%	Art. 13 Abs. 1 b VO 883, Art. 14 Abs. 8 a VO 987	LI
USE \geq 5%	Δ SE	Art. 13 Abs. 3 VO 883	LI
USE < 5%	Δ SE	Art. 14 Abs. 5 b VO 987	CH
USE	Δ Be	Art. 13 Abs. 4 VO 883	CH
Be	Δ USE	Art. 13 Abs. 4 VO 883	LI
Be**	Δ Be**	Art. 11 Abs. 3 b VO 883 (Ausnahmereinbarung denkbar)	Doppelunterstellung

SE	Δ USE \geq 5%	Art. 13 Abs. 3 VO 883	CH
SE	Δ SE \geq 25%	Art. 13 Abs. 2 a VO 883, Art. 14 Abs. 8 b VO 987	CH
SE	Δ SE < 25%	Art. 13 Abs. 2 b VO 883, Art. 14 Abs. 8 b VO 987	LI
SE	Δ USE \geq 5% u. SE	Art. 13 Abs. 3 VO 883	CH
SE u. USE	Δ SE u. USE \geq 25%	Art. 13 Abs. 1 a VO 883	CH
SE u. USE	Δ SE u. USE < 25%	Art. 13 Abs. 1 b VO 883	LI
Δ USE \geq 25%	USE	Art. 13 Abs. 1 a VO 883, Art. 14 Abs. 8 a VO 987	LI
Δ USE < 25%	USE	Art. 13 Abs. 1 b VO 883, Art. 14 Abs. 8 a VO 987	CH
Δ USE \geq 5%	SE	Art. 13 Abs. 3 VO 883	LI
Δ USE < 5%	SE	Art. 14 Abs. 5 b VO 987	CH
Δ USE	Be	Art. 13 Abs. 4 VO 883	CH
Δ Be	USE	Art. 13 Abs. 4 VO 883	LI
Δ Be**	Be**	Art. 11 Abs. 3 b VO 883 (Ausnahmerevereinbarung denkbar)	Doppel- unterstellung
Δ SE	USE \geq 5%	Art. 13 Abs. 3 VO 883	CH
Δ SE \geq 25%	SE	Art. 13 Abs. 2 a VO 883, Art. 14 Abs. 8 b VO 987	LI
Δ SE < 25%	SE	Art. 13 Abs. 2 b VO 883, Art. 14 Abs. 8 b VO 987	CH
Δ USE \geq 5% u. SE	SE	Art. 13 Abs. 3 VO 883	LI
Δ SE u. USE \geq 25%	SE u. USE	Art. 13 Abs. 1 a VO 883	LI
Δ SE u. USE < 25%	SE u. USE	Art. 13 Abs. 1 b VO 883	CH

	wohnhaft in Liechtenstein
	wohnhaft in Schweiz
USE	unselbständig erwerbstätig
SE	selbständig erwerbstätig
Be	Beamte
VO	Verordnung
LI	Liechtenstein
Art.	Artikel
Abs.	Absatz
**	zwei Arbeitgeber
\geq 25%	25% und mehr (Kriterien: bei USE Arbeitszeit/-entgelt; bei SE Umsatz, Arbeitszeit, Anzahl Dienstleistungen bzw. Einkommen) entspricht dem Begriff "wesentlicher Teil" vgl. dazu Art. 14 Abs. 8 b VO (EG)987/09
< 25%	weniger 25% (vgl. Art. 14 Abs. 8 b VO [EG]987/09)
\geq 5%	5% und mehr (weniger 5% "unbedeutend" oder "marginal" vgl. dazu Art. 14 Abs. 5 b VO (EG) 987/09)
Δ	wohnhaft

Liechtenstein und Grossbritannien

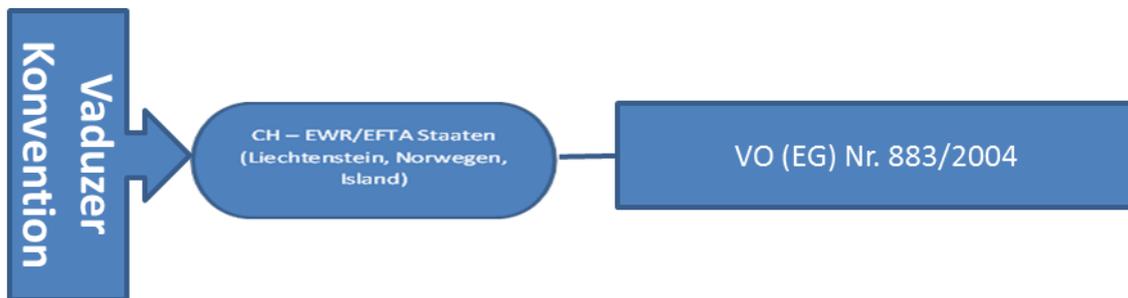
Im Verhältnis zwischen Liechtenstein bzw. dem EWR und dem Vereinigten Königreich wurde am 30. Juni 2023 ein Sozialversicherungsabkommen unterzeichnet. Mit dem Abkommen wird im Bereich der sozialen Sicherheit weitgehend der status quo vor dem Brexit wiederhergestellt. Im anderen Staat zurückgelegte Versicherungszeiten werden angerechnet und Leistungen im Ausland ausgezahlt. Überversicherung bzw. Versicherungslücken werden für Personen vermieden, die in UK und in Liechtenstein arbeiten. **Dieses Abkommen ist für sämtliche Unterzeichnerstaaten seit 01.01.2024 in Kraft.**

Für **Sachverhalte, die bis Ende 2020 eingetreten** sind und andauern, gelten Übergangsvorschriften gemäss dem Austrittsabkommen des Vereinigten Königreiches aus EU/EWR.

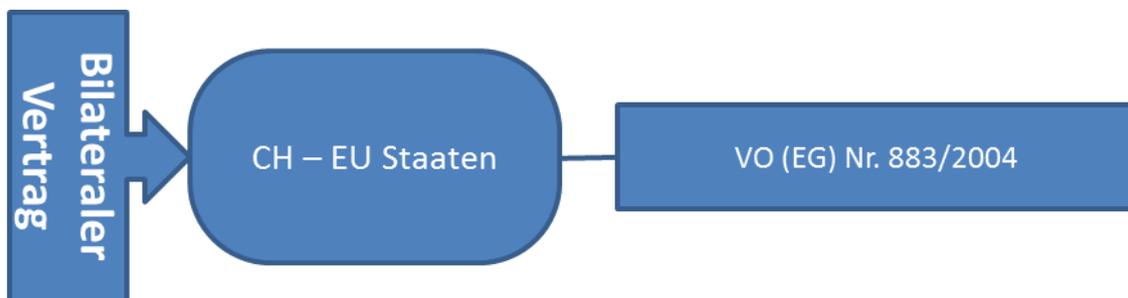
Übersicht zu den geltenden Abkommen mit den Nachbarstaaten

Für eine umfassende europäische Koordination fehlt ein sogenanntes Dachabkommen, in dem Liechtenstein, die übrigen EU/EWR-Staaten und die Schweiz gemeinsam erfasst wären. Heute bestehen im Unterstellungsbereich, also für die Frage wer wo versichert ist, -soweit für die Praxis relevant - folgende Abkommen (zwei Übersichten, siehe nächste Seiten):

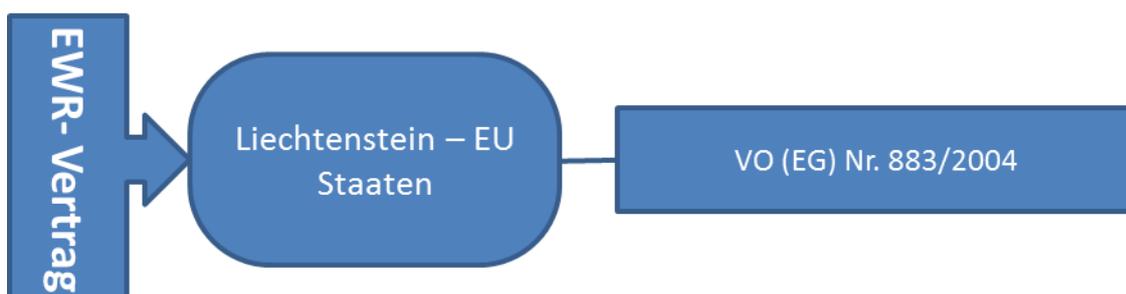
1. Im Verhältnis zwischen Liechtenstein und der Schweiz gilt das EFTA-Übereinkommen (Vaduzer Konvention). Demnach ist die VO (EG) 883/2004 anwendbar, allerdings nur für die Bürger der folgenden Staaten: Liechtenstein, Schweiz, Norwegen und Island.



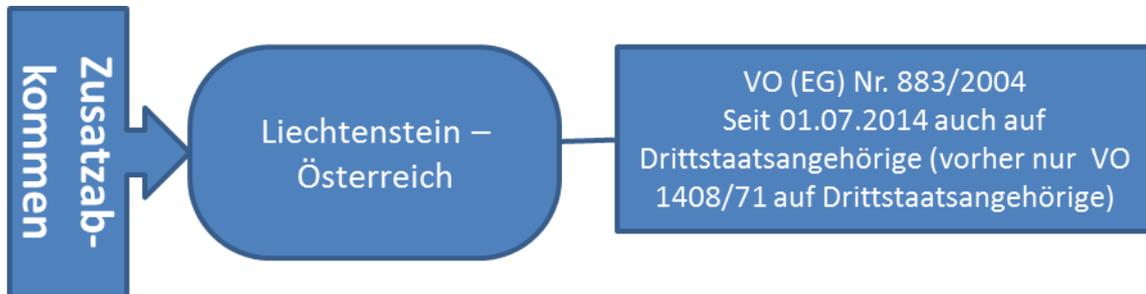
2. Im Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU gelten die bilateralen Verträge (Freizügigkeitsabkommen EU-CH). Die VO (EG) 883/2004 ist anwendbar, allerdings nur für Bürger der Schweiz und der EU.



3. Im Verhältnis zwischen Liechtenstein und der EU gilt der EWR-Vertrag. Die VO (EG) 883/2004 findet Anwendung, aber nur für EU/EWR-Bürger.



4. Durch ein Abkommen zwischen dem Fürstentum Liechtenstein und der Republik Österreich über soziale Sicherheit vom 08.01.2013, in Kraft seit dem 01.07.2014, wurde im Verhältnis zwischen den beiden Staaten die Anwendung der VO (EG) 883/2004 auch auf Drittstaatsangehörige mit rechtmässigem Wohnsitz in Österreich oder Liechtenstein ausgedehnt.



Zwischen Liechtenstein und der Schweiz gilt darüber hinaus noch das erwähnte bilaterale Abkommen über Soziale Sicherheit. In diesem bilateralen Abkommen ist in Art. 3 Abs. 3 geregelt, dass Art. 5 (dort ist das Erwerbortprinzip verankert) für alle Personen (nicht nur Schweizer u. Liechtensteiner) Anwendung findet. Allerdings geht die Vaduzer Konvention als zeitlich neuere Vorschrift vor, sodass das bilaterale Abkommen nur subsidiär gilt. Das heisst, wenn nicht die VO (EG) 883/2004 aufgrund des Verweises in der Vaduzer Konvention Anwendung findet, muss aufgrund des bilateralen Abkommens mit der Schweiz nach dem Erwerbortprinzip vorgegangen werden. Wenn die Person sowohl in Liechtenstein als auch in der Schweiz tätig ist, ist gemäss Art. 5 Abs. 2 des Abkommens eine Doppelunterstellung gegeben.

Auch die EU-Staaten haben unter sich die Koordinationsregeln der VO (EG) 883/2004 auf Drittstaatsangehörige ausgedehnt. Dies gilt nicht in EWR/EFTA. Diese Regelung gilt also nicht für Island, Liechtenstein und Norwegen und findet auch im zweiseitigen Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU keine Anwendung.

Es besteht die begründete Aussicht, dass in absehbarer Zeit auf politischer Ebene ein sozialversicherungsrechtliches **Dachabkommen**, zumindest zwischen Liechtenstein, der Schweiz, Deutschland und Österreich, abgeschlossen werden könnte.

Das Fehlen eines Dachabkommens zwischen der EU, den EWR-Staaten und der Schweiz bringt derzeit manchmal Probleme in der praktischen Durchführung mit sich, insbesondere, wenn Versicherte wegen verschiedener Staatsangehörigkeit unterschiedlich behandelt werden müssen.

Hinweis: Wir bitten bei den Entscheidungen über die sozialversicherungsrechtliche Unterstellung und Koordinierung um Verständnis dafür, dass die in- und ausländischen **Sozialversicherungsträger an die geltende Rechtslage gebunden** sind.

Bitte beachten Sie für alle aktuellen Entwicklungen unsere **Newsletter, die Sie auf unserer Homepage** finden.

Auf der nächsten Seite finden Sie zur Verdeutlichung der verschiedenen Sozialversicherungsabkommen mit den Nachbarstaaten zum Abschluss eine **graphische Übersicht** des rechtlichen status quo.

Zur Veranschaulichung eine graphische Übersicht



EU-Bürger	alle Staatsangehörige der 27 EU-Länder
EWR-Bürger	EU-Bürger und Liechtensteiner, Isländer und Norweger
CH	Schweiz
LI	Liechtenstein
AT	Österreich
DE	Deutschland
NO	Norwegen
IS	Island
883	Verordnung (EG) 883/2004